



Die Preise sind im Oktober bei uns um rund fünf Prozent gestiegen. In allen Euro-Ländern gemeinsam ist die Inflation mit 2,9 Prozent deutlich niedriger. Der neue SPÖ-Chef Andreas Babler will deshalb beim Parteitag am 11. und 12. November den Plan der Sozialdemokraten gegen die Teuerung in den Mittelpunkt stellen. Das Staatsziel „leistbares Leben“ soll in der Verfassung verankert werden.

EVAL-INFO-SYSTEME
POLI 350 - TB 125

Recht auf „leistbares Leben“ in die Verfassung?

JA

ANDREAS BABLER,
SPÖ-Bundespartei-vorsitzender

„Österreich hat die höchste Inflation in ganz Westeuropa. Nahrungsmittel sind um 23 Prozent teurer als noch vor zwei Jahren, Mieten um bis zu 25 und Energie um 61 Prozent. Jeder vierte kann sich seine Wohnung kaum noch leisten – darunter sehr viele ältere Menschen. Das ist das Ergebnis von schweren politischen Fehlern, und kein Naturgesetz. Länder wie die Schweiz, Frankreich oder Deutschland haben Mieterhöhungen verboten oder Energiepreise reguliert. Jedes dieser Länder hat



deutlich niedrigere Teuerungsraten als wir. Mein Vorschlag, ‚leistbares Leben‘ als Staatsziel in der Verfassung zu verankern, bedeutet: Wenn Wohnen, Strom, Wärme und Nahrungsmittel um mehr als zwei Prozent teurer werden, ist die Regierung zum Handeln verpflichtet.

Sie muss Maßnahmen wie einen Strompreisdeckel oder Mietobergrenzen umsetzen oder die Mehrwertsteuer auf ausgewählte Grundnahrungsmittel streichen. Derartige Selbstverpflichtungen sind in der Politik völlig normal. Wir fordern sie bei Klima-Fragen ein. Wir haben uns zu den Maastricht-Kriterien der EU verpflichtet. Wer die Interessen der Mehrheit vertritt, sollte sich auch dazu verpflichten, dass die Güter leistbar sein müssen, die jeder zum täglichen Leben braucht.“

NEIN

CHRISTIAN STOCKER,
Generalsekretär der ÖVP

„Andreas Babler will die Inflation ‚abschaffen‘, ‚leistbares Leben‘ in der Verfassung verankern und alle Effekte einer Inflation über zwei Prozent vom Staat ersetzen lassen. Bablers Forderung ist kein sachpolitischer Beitrag, sondern reinster Populismus und führt direkt in den Kommunismus. Wovon Andreas Babler auch immer etwas verstehen mag, Wirtschaft gehört offensichtlich nicht dazu. Als Volkspartei lehnen wir diesen wirtschaftspolitischen Unsinn, wie er auch als solcher von namhaften SPÖ-Politikern sowie renommierten Ökonomen erkannt wurde, ab. Während die SPÖ unter Andreas Babler linken Träumereien nacheifert, hat die Volkspartei den Menschen einerseits mit Unterstützungen, andererseits mit Steuerentlastungen durch



die Krisen geholfen, etwa durch die Abschaffung der schleichenden Steuererhöhung und der Absenkung der steuerlichen Tarifstufen. Damit stellen wir sicher, dass alle Menschen, die jeden Tag in der Früh aufstehen und arbeiten gehen, auch wirklich etwas davon haben. Als Volkspartei werden wir uns vom realitätsfremden Babler-Kurs nicht beirren lassen, sondern weiter daran arbeiten, dass es den Menschen in Österreich möglich ist, sich aus eigener Kraft ein gutes Leben aufzubauen.“

Foto: Parlamentsdirektion/Simonis